

Mindestsicherung: FPÖ fordert Prüfung durch RH!

Nach der Steiermark, wo der Rechnungshof skandalöse Zustände bei der Vergabe der Mindestsicherung ausmachte, hat auch Oberösterreich Probleme. FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr fordert jetzt ebenfalls eine Prüfung des Mindestsicherungssystems durch den Rechnungshof.

S. 13



Foto: Andreas Murggruber/bto

Doppelter Erfolg für die Freiheitlichen!

VfGH bestätigt Rauchverbot und EuGH weist die deutschen Mautpläne zurück

S. 2/3



Wenn Sektionschefs des Kaisers Millionen verteilen

Das „schwarze Netzwerk“ im BMI und der Stadterweiterungsfonds – S. 4/5

PARLAMENT

ÖVP entdeckt die Kiffer

Sucht die ÖVP jetzt Wähler im urbanen Kiffer-Milieu? Auf jeden Fall hat die Volkspartei eine Gesetzesnovelle verhindert, mit der Autofahrer unter Drogeneinfluss genauso schnell aus dem Verkehr gezogen werden sollten wie Alko-Lenker.

S. 6

AUSSENPOLITIK

Macron taktiert

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron will seine liberale Fraktion zum Königsmacher in Brüssel hochstilisieren. Bei der angeschlagenen Angela Merkel und der EVP scheint seine Taktik für noch mehr Zentralismus in Brüssel bereits Wirkung zu zeigen.

S. 8/9

WIEN

„Rote Netzwerke“

Die Wiener FPÖ wird eine Untersuchungskommission beantragen, die die Geldflüsse der Stadt Wien zu Vereinen und Vorfeldorganisationen der SPÖ Wien untersuchen soll. Zudem fordert sie eine Polizei-Spezialeinheit zur Bekämpfung der Jugendbanden.

S. 11

MEDIEN

ORF hofiert Grüne

Entgegen der bisherigen Praxis, wonach nur im Parlament vertretene Parteien bei den TV-Diskussionen zur Wahl antreten dürfen, winkt der ORF diesmal die Grünen durch. ORF-General Wrabetz gab dazu extra eine „Relevanz-Studie“ in Auftrag.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Na bummsti, Basti! Jetzt scheperts in der ÖVP aber ordentlich.

Ein schwarzer Selbstbedienungsladen im Innenministerium beglückt nach Gutdünken Parteifreunde aus dem „Stadterneuerungsfonds“. Die Parteijugend will die entrückte Vielfalt jenseits der Heterosexualität abfeiern. Sebastian Kurz lässt sich von evangelikalen Sektierern bejubeln. Der Generalsekretär präsentiert die Partei erneut als Opfer der „Ibiza-Affäre“. Und dann bestätigen die Verfassungsrichter auch noch das blaue Nichtraucherschutzgesetz, das die ÖVP jetzt nicht mehr will.

Ibiza-Delirium

Hätte Kurz die Koalition nicht aufgekündigt, dann müsste sich jetzt die FPÖ überlegen, ob sie mit dieser ÖVP noch weiter zusammen regieren soll.

Fast scheint es so, als wollte nach der SPÖ jetzt auch die ÖVP die Selbstzerstörungspolitik der deutschen Schwesterpartei bedenkenlos übernehmen: Wir hüpfen und klatschen zu jedem Schwachsinn, den die linksgrüne Sekte und ihre medialen Verkünder als gesellschaftspolitisch, staatstragend oder sonst irgendwie „relevant“ hinstellen. Deswegen dürfen auch die Grünen an den ORF-Wahldiskussionen teilnehmen.

Apropos Medien: Die stehen Kurz in Sachen Skurrilität um nichts nach. So beklagen die Chefredakteure eine Gefährdung der Pressefreiheit aufgrund des „Ibiza-Videos“. Aber die „Bestechungsinserate“ (Copyright Andreas Unterberger) der Parteien nehmen sie mit Kusshand.

Was wird da auf die Österreicher in der „saure Gurkenzeit“ noch zukommen, wenn alles Urlaub macht? Das „Ibiza-Video“ als Auslöser des „Klimawandels“?

ÖVP wieder auf rot-grünem

Trotz VfGH-Bestätigung will ÖVP jetzt ein generelles Rauchverbot – Kurz

Wer kann dieser ÖVP noch trauen? Die Volkspartei will selbst nach Bestätigung der Rechtskonformität des von der FPÖ initiierten Rauchverbotsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof dieses kippen und somit die Entscheidungsfreiheit von Wirten und Bürgern mit einem Entmündigungsgesetz beenden. Holte sich Sebastian Kurz dafür den Segen eines skurrilen Predigers?

Die Rechtskonformität und Nachhaltigkeit der freiheitlichen Politik haben am vergangenen Dienstag gleich zwei Höchstgerichte bestätigt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) gab in Luxemburg der österreichischen Klage gegen die deutschen Mautpläne Recht, an der Norbert Hofer als Verkehrsminister festgehalten hatte, trotz massiver Interventionen der ÖVP-Schwesterparteien CSU und CDU.

ÖVP wieder Umfallerpartei

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) bestätigte das von den Freiheitlichen initiierte Tabak- und Nichtraucherschutzgesetz, das den Wirten die Möglichkeit bietet, Raucher- und Nichtraucher in getrennten Bereichen zu bedienen.

Während die FPÖ – wie schon zuvor mit ihrer Reaktion auf die „Ibiza-Affäre“ – Handschlagsqualität beweist und sich an Abmachungen hält, nämlich keine in der Koalition beschlossenen Gesetze zurückzunehmen oder ändern, fällt die ÖVP in ihrem Machtrausch ein weiteres Mal um.

„Der Schritt, den Strache gese, „Im demokratischen Rechtsstaat sei es die Aufgabe des Gesetzge-

bers, hier die Freiheit der einen mit der Schutzbedürftigkeit der anderen und mit den öffentlichen Interessen in Einklang zu bringen“, argumentieren die Verfassungsrichter in ihrem Urteil.

Aber dieser Freiheitsbegriff widerspricht dem rot-grünen Entmündigungskurs, den die ÖVP aus der rot-schwarzen Stillstandskoalition herübergerettet zu haben scheint. Sie will den von der Opposition eingebrachten Antrag auf ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie unterstützen.

Und zum andern bricht sie damit die großspurige Ankündigung ihres Parteichefs Sebastian Kurz, keine Beschlüsse zu fassen, die den bisherigen Budgetkurs gefährden könnten. Denn auf die Republik wird eine Schadensersatzwelle der Wirte zurollen, die im Vertrauen auf Rechtssicherheit Millionen in die Trennung von Raucher- und Nichtraucherbereiche investiert haben.

„Wir möchten von der ÖVP wissen, was sie zur Forderung ihres Wirtschaftskammer-Präsidenten Mahrer sagt, wonach alle Wirte ihre Kosten, die zur Erfüllung der gesetzlichen Auflagen notwendig waren, rückerstattet bekommen

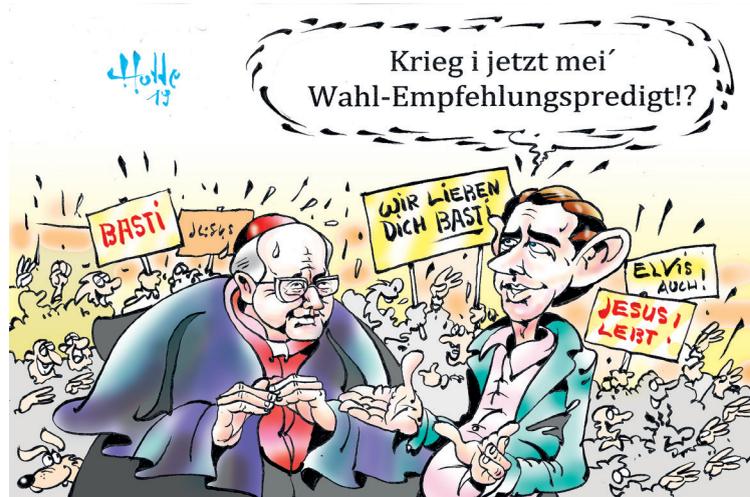


Für Norbert Hofer und Herbert Kickl z Reformkurs der Koalition auf den Weg

sollen“, mahnte der designierte Bundesparteiobmann Norbert Hofer von der ÖVP ein.

Befremdliches aus der ÖVP

Aber von der ÖVP ist man in den letzten Tagen schon einiges an Befremdlichkeiten gewohnt. Am Montag kündigte die Partei aus heiterem Himmel eine Reinwaschungs-Pressekonferenz zu E-Mails zur „Ibiza-Affäre“ an, aus denen hervorgehen sollte, dass die Volkspartei darin involviert sein könnte. „Eine Pressekonferenz abzuhalten, um etwas zu dementieren,



SPITZE FEDER Der Wahn im Machtdrang.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. B.
H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Entmündigungskurs

skurriler Wahlkampf mit E-Mails und Predigern



zeigt sich jetzt deutlich, dass es allein die FPÖ war, die den rot-weiß-roten gebracht hat: „Wir stehen weiter zu dem Kurs, die ÖVP aber nicht mehr.“

das noch niemand gesehen hat, mutet schon etwas seltsam an“, meinte FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker zu dem bizarren Auftritt von ÖVP-Obmann Kurz und ÖVP-Generalsekretär Nehammer.

Kurz' Sektenauftritt

Den skurrilen Höhepunkt setzte Sebastian Kurz am vergangenen Sonntag persönlich mit seinem Auftritt bei der evangelikalen „Erweckungsbewegung“ in der Wiener Stadthalle. (Siehe dazu Seite 7). „Man fragt sich, wie Kurz in die seltsame Gebetsveranstaltung ei-

nes australischen Gurus gerät, der behauptet, Jesus Christus sei ihm beim Drogendealen erschienen“, bemerkte Herbert Kickl zu der in ein „Segnungsgebet“ verpackten Wahlwerbung für den ÖVP-Chef.

Hafenecker erinnerte Kurz, dass in Österreich die Trennung von Staat und Kirche gelebt werde, auch wenn diese Veranstaltung nichts mit der in Österreich praktizierten christlichen Religionsausübung zu tun habe: „Ein staatstragender Politiker sollte sich daher nicht für eine derartig sektenähnliche Aktion hergeben.“

KURZ UND BÜNDIG



ÖVP in die Pflicht nehmen

Trotz der Aufkündigung des Koalitionspaktes durch die ÖVP sieht Ex-Finanz-Staatssekretär Hubert Fuchs (Bild) noch eine Chance, die für das Jahr 2020 geplanten Entlastungsmaßnahmen umzusetzen: „Auch die ÖVP sollte eigentlich Interesse daran haben, den Sozialversicherungs-Bonus für Kleinverdiener sowie die Betriebsausgaben-Pauschalierung für Kleinunternehmen bis 35.000 Euro Jahresumsatz einzuführen und die Grenze für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern anzuheben.“

Unverbesserlich

„Seit Jahren sind die Missstände an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck bekannt, die sehr wohl zu einer Beeinträchtigung des täglichen Lehrbetriebes führen. In Anfragen habe ich mehrfach darauf hingewiesen, ohne dass irgendwelche Konsequenzen gezogen wurden“, erinnerte FPÖ-Nationalratsabgeordneter Werner Neubauer (Foto) im Zusammenhang mit dem jüngsten Rechnungshof-Bericht. Dieser habe die von ihm aufgezeigten Kritikpunkte jetzt Punkt für Punkt bestätigt.



Leistbares Wohnen

FPÖ-Bautensprecher Philipp Schrangl begrüßte, dass letzte Woche endlich der Antrag zur Novelle des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes auf den Weg gebracht wurde: „Wir sichern einen gebührenden Zugang zum gemeinnützigen Wohnbau für die Österreicher, und wir schützen hunderttausende Genossenschaftswohnungen und ihre Bewohner vor spekulativen Attacken. Leistbares Wohnen ist eine Säule der Daseinsvorsorge und kein Spekulationsobjekt!“ Die Freiheitlichen hätten mit dieser Novelle einmal mehr bewiesen, dass sie die Interessen der Menschen im Land vertreten.



AUFSTEIGER



Der **Verfassungsgerichtshof**, den der Antrag zum Tabak- und Nichtrauchererschutzgesetz abgewiesen, mit der Begründung, dass der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der Raucherlaubnis in der Gastronomie nicht überschritten wird.

ABSTEIGER



ÖVP-Chef **Sebastian Kurz**, der sich erneut nicht an die Abmachung gehalten hat, gemeinsam beschlossene Gesetzesmaterien in der „koalitionsfreien“ Zeit nicht aufzuheben und jetzt ein generelles Rauchverbot durchsetzen will.



BILD DER WOCHE Bundespräsident Van der Bellen würdigte die Vielfalt der sexuellen Ausrichtungen bei der „Regenbogenparade“.

Stadterweiterungsfonds: Vom Kaiser bis zum Papst

Stationen aus der bewegten Geschichte eines von Kaiser Franz Joseph gestifteten Fonds, der sich gegen Ende seines Bestehens immer mehr zum Selbstbedienungsinstrument schwarzer Kreise im Innenministerium entwickelte. Jetzt werden deshalb Anklagen erhoben.

1858 wurde der Wiener Stadterweiterungsfonds auf Initiative von Kaiser Franz Joseph als Instrument der städtebaulichen Umgestaltung gegründet. Grundstücke des Glacis und der abzubrechenden Befestigungsanlagen wurden dem Fonds übertragen, durch ihn parzelliert und verkauft.

1961 forderte der Rechnungshof erstmals die Auflösung, da der ursprüngliche Zweck bereits erfüllt war.

2009 wurde der Fondszweck (im Widerspruch zum Willen des Fondsgründers) auf Bauten auch außerhalb der Inneren Stadt Wiens sowie auf Institutionen und Projekte zum Wohle der Gesellschaft und zur Stärkung des sozialen Friedens ausgeweitet. Noch vor dieser Änderung wurden fast eine Million Euro für religiöse Zwecke gespendet, u.a. an die Katholische Universität in Rom und eine Ordensgemeinschaft. Durch diese Satzungsänderung konnte der Fonds eine Liegenschaft in Eberau im Burgenland für ein geplantes Asylzentrum ankaufen.

2012 wurde an die vier nun angeklagten Personen das Ritterkreuz des päpstlichen Silvesterordens verliehen. In einer mittlerweile gelöschten Presseaussendung des BMI heißt es, sie hätten „im Rahmen ihrer Tätigkeit im Wiener Stadterweiterungsfonds wesentlich dazu beigetragen, dass viele wichtige Projekte der katholischen Kirchen umgesetzt werden konnten und können“. Bei der Verleihung dabei (siehe Foto unten): Erzbischof Schönborn, die damalige ÖVP-Innenministerin Johanna

Mickl-Leitner und ihr Staatssekretär und nachmaliger Kanzler Sebastian Kurz.

2013 prüfte der Rechnungshof die Gebarung und kam zu vernichtenden Ergebnissen: Gründe am Heumarkt (auf denen Investor Tojner nun sein umstrittenes Hochhausprojekt realisieren will) und auf der Mülker Bastei (15.000 Euro Verkaufspreis trotz 670.000 Euro Schätzwert, dazu 41.000 Euro „Beratungshonorare“) seien (zu) günstig verkauft worden. 3,8 Millionen Euro seien gespendet worden, wobei der Rechnungshof festhält, „dass im Fall der Spenden an Empfänger im Bereich des BMI, an den Österreichischen Integrationsfonds und an eine private Bildungsinstitution ein Naheverhältnis zu Kuratoriumsmitgliedern bzw. zum Geschäftsführer bestand“.

2015 erstellte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft einen ersten Vorhabensbericht, der laut Informationen von Herbert Kickl wesentlich umfangreichere Anklagen vorsah. Es folgte laut Kickl ein „Daschlogen“ auf Raten.

2017 wurde der Stadterweiterungsfonds nach dem Verkauf der letzten Grundstücke aufgelöst. Das Restvermögen von rund 340.000 Euro wurde zu gleichen Teilen dem Parlament, dem Kunsthistorischen Museum und der Vereinigung bildender KünstlerInnen Wiener Secession gewidmet.

2019 sollen drei hohe BMI-Beamte und der ehemalige Geschäftsführer des Fonds angeklagt werden – allerdings „nur“ wegen der teilweise satzungswidrigen Spenden an befreundete Institutionen.



2013 wurde der Skandal vom Rechnungshof aufgedeckt, und entschlief

Kickl deckt „schwarzes Sittenbild“

Anklagen gegen höchste BMI-Beamte in der Causa

Herbert Kickl hatte bei der Abwahl der Regierung Kurz im Parlament angekündigt, dass ein „schwarzes Sittenbild“ bald immer deutlicher sichtbar werde. Er hielt Wort und enthüllte am Freitag eine besonders unappetitliche Affäre im Innenministerium – mit mutmaßlicher Rückendeckung aus höchsten Justizkreisen.

Die Sache dreht sich um den Wiener Stadterweiterungsfonds, dessen Verwaltung dem Bundesministerium für Inneres oblag. Nach 159 Jahren seines Bestehens wurde er im Jahr 2017 aufgelöst. Spannend ist, was sich in den letzten zehn Jahren ereignete.

Der geschäftsführende Klubobmann der FPÖ, Herbert Kickl, sieht in den Vorgängen deutliche Hinweise auf „schwarze Netzwerke, die über Jahre gewachsen sind, dann zu wuchern begonnen haben und die aus einem System der Selbstkontrolle ein System der Selbstbedienung gemacht haben“ (Details siehe Kasten links).

Amtsmissbrauch und Untreue

Vier Personen – drei höchste BMI-Beamte und die zentrale Person in der Verwaltung des Fonds – erwarten nun Anklagen wegen Amtsmissbrauchs und/oder Untreue. Der angeklagte Schaden: knapp mehr als eine Million Euro.

Die massiven Unregelmäßigkeiten

wurden bereits im Jahr 2013 durch den Rechnungshof dokumentiert – und zwar in unmissverständlichen Worten. In diesem Jahr begann auch die durch diverse Anzeigen angestoßene juristische Aufarbeitung der Causa. Doch diese sollte sich ziehen, wie Kickl in seiner Pressekonferenz ausführlich darstellte. Und das nicht wegen der Untätigkeit der zuständigen Behörde, der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA).

Mobbing gegen Staatsanwältin?

Ein erster Vorhabensbericht sei 2015 erstellt und die Anklage der Beschuldigten von der Oberstaatsanwaltschaft Wien begrüßt worden. „Die dafür zuständige Person hat jedoch unter unschönen Umständen eine berufliche Neuorientierung eingeschlagen. Man könnte hier den Begriff ‚Mobbing‘ verwenden. Dann kam in der OStA Wien ein ‚Mann fürs Grobe‘ zum Zug und erteilte eine Weisung, die Verfahren einzustellen. Weil das



dann. Ein Grund für die ÖVP, um den FPÖ-Minister aus dem Innenministerium zu entfernen?

„Schwarzes Sittenbild“ auf!

Stadterweiterungsfonds stehen bevor – bremste Justiz die Ermittlungen?

von mutigen Mitarbeitern im Justizministerium als nicht gangbarer Weg erachtet wurde, wurde in einem Zwischenschritt verfügt, weitere Ermittlungen anzustellen, um die Sache zu verschleppen und eine stufenweise Einstellung von Verfahrensteilen zu erreichen“, beschreibt Kickl die ihm zugetragenen erschütternden Entwicklungen.

Ein neuer Vorhabensbericht im Jänner 2019 habe tatsächlich eine Anklage nur noch zu einem kleinen Teil der Vorwürfe empfohlen. Maßgebliche Anschuldigungen in Zusammenhang mit Immobilienverkäufen seien eingestellt worden.

„Und selbst hier genehmigte die OStA die Anklage nur unter einer sogenannten ‚Maßgabe‘ – nämlich dass die persönlichen Motive der Beschuldigten nicht genannt werden sollen. Eine solche Maßgabe hat inhaltlich einen Charakter einer Weisung mit dem Vorteil, dass diese nicht explizit im Akt aufscheint“, erläuterte Kickl.

„Daschlogt's es!“ auf Raten

Der geschäftsführende Klubobmann fühlte sich angesichts dieser Entwicklungen in der Justiz an die Aufforderung „Daschlogt's es!“ erinnert, mit der der ehemalige Ge-

neralsekretär im Justizministerium, Christian Pilnacek, von der WKStA die Einstellung von Eurofighter-Ermittlungen verlangt haben soll. Für ihn hatte das vorerst keine Konsequenzen. Die mit der Untersuchung betraute Linzer Staatsanwaltschaft sah nicht einmal einen Anfangsverdacht. Und jetzt wird gar gegen die Anzeiger der ungeheuerlichen Affäre ermittelt.

„Taskforce“ dringend nötig

Kickl erwartet nun endlich Konsequenzen: Es brauche dringend eine „Taskforce“ aus ehemaligen Richtern und Staatsanwälten, die über jeden Verdacht erhaben sein müssen, an diesen Netzwerken mitgewirkt zu haben, und die sich unabhängig und weisungsfrei der Aufarbeitung der Vorwürfe des systematischen Zudeckens strafrechtlich relevanter Vorgänge im Umfeld der schwarzen Netzwerke widmen. „Und es braucht eine ebenso unabhängige Stelle, wohin sich Betroffene dieses ‚Daschlogt's es‘-Systems mit ihren Informationen wenden können, ohne Angst haben zu müssen, daraufhin von ihren Vorgesetzten schikaniert zu werden. Nur so kann die Schweigespirale durchbrochen werden.“



Letzte Amts- und Fondsübergabe in der ÖVP-Innenminister-Ära.



POLITIK
ANALYSIERT

Herbert Kickl
gf. FPÖ-Klubobmann

Aus dem Justizministerium kommt das Sittenbild schwarzer Netzwerke immer deutlicher zum Vorschein. „Daschlogt's es!“ lautet die vom ehemals höchsten Beamten des Ressorts, Christian Pilnacek, ausgegebene Devise, wenn Ermittlungen manchen Herrschaften gefährlich nahekommen.

Daschlogt's es!

Es gab zwei Versuche, unmissverständliche Aufträge an Staatsanwaltschaften aus den Akten verschwinden zu lassen. Und wir wissen von einem Abdrehversuch auf Raten bei den Ermittlungen zum Wiener Stadterweiterungsfonds, den BMI-Beamte für eine Art modernen Ablasshandel mit kirchlichen Einrichtungen missbraucht haben sollen. Zumindest „Rumpfanlagen“ gegen vier Beschuldigte waren nicht zu verhindern.

Was kommt da noch alles auf uns zu? Was wussten Minister Josef Moser und seine Vorgänger im Justizministerium, aber auch meine Vorgänger im Innenressort von diesen Vorgängen? Und wann werden endlich konkrete Maßnahmen durch den Justizminister gesetzt?

Dringend nötig wäre eine „Taskforce“ mit erfahrenen Juristen, am besten solche im Ruhestand, die nicht mehr unter Druck gesetzt werden können. Aber dafür gibt es derzeit keine Anzeichen.

Im Gegenteil: Justizminister Clemens Jabloner spricht dem angezählten Sektionschef Pilnacek im ORF-Fernsehen sein vollstes Vertrauen aus. Und „Daschlogt's es“ sieht er als Aufforderung, die Ermittlungen zügig zu führen – aber ergebnisoffen, also egal, ob Einstellung oder Anklage. Merkwürdig, dass der Sprachgebrauch von Juristen sich von dem ganz normaler Bürger so deutlich unterscheidet...



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Dem Rechtsinstitut der Fristsetzung wird in den kommenden Monaten eine besondere Bedeutung zukommen. Es handelt es sich dabei um die Möglichkeit, ein Gesetz ohne Ausschussberatung in einem verkürzten Verfahren zu beschließen.

Das eilige Parlament

Von Kritikern wird nicht ganz zu Unrecht angemerkt, dass die Qualität der Gesetzgebung darunter leiden würde. Tatsächlich hat es einen Sinn, dass im Nationalrat grundsätzlich das Ausschusssprinzip herrscht. Dort können Stellungnahmen eingearbeitet und Experten gehört werden. Die Ablehnung eines Fristsetzungsantrages darf daher nicht gleichgesetzt werden mit der materiellen Ablehnung des eigentlichen Antrages.

Ungeachtet dessen wurden 31 „Fristsetzer“ von den Abgeordneten in der letzten Plenarwoche angenommen. Lediglich drei wurden gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen. Der Antrag der SPÖ zur Wiedereinführung des absoluten Rauchverbotes in der Gastronomie – mit Zustimmung der ÖVP. Es bleibt daher abzuwarten, wer schneller ist, um die alte Rechtslage wiederherzustellen: der Verfassungsgerichtshof oder das Parlament.

Zwei weitere fristgesetzte Anträge beschäftigen sich mit dem Thema der Homosexualität, bzw der Homoehe, auf Antrag der SPÖ, bzw der Neos. Die ÖVP hat sich ebenfalls dafür ausgesprochen, diese Fragen bereits im Juli-Plenum abzustimmen.

Für ein Ausschussverfahren hat sich die FPÖ bei Anträgen der Liste Jetzt ausgesprochen, die im Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft und Tierschutz stehen.

EUROPAPOLITIK

Warnung vor schneller Erweiterung

Die Heranführung des Westbalkans an die EU wertet nicht nur die Europäische Kommission als zentralen Bestandteil der Erweiterungspolitik zur Sicherung von Stabilität und Aufschwung in der Region, auch der EU-Ausschuss des Bundesrats teilt diese Sicht. Aber Warnungen vor einer allzu raschen Aufnahme neuer Länder in die Union kamen nicht nur von der FPÖ, sondern – im Gegensatz zu 2011 – diesmal auch von Vertretern des Gewerkschaftsbundes.



WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wettbewerbskontrolle

Die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) legte dem Parlament ihren Tätigkeitsbericht vor. So wurde 2018 mit 481 nationalen Zusammenschlüssen ein neuer Rekordwert bei der Fusionskontrolle erzielt. Auf Antrag der BWB wurden zudem in Summe etwa 2,4 Millionen Euro an Geldbußen verhängt.

Eine „Taskforce Sozialbetrug“ ist notwendig!

Belakowitsch fordert Konsequenzen nach nächstem „Einzelfall“

Um 17.000 Euro betrog ein türkischer Staatsbürger das Arbeitsmarktservice. FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch fordert jetzt konsequente Überprüfung der Sozialleistungen.

„Die Aufklärung dieses Sozialleistungsbetrugs durch einen türkischen Staatsbürger zeigt einmal mehr, wie notwendig die Einrichtung der ‚Taskforce Sozialleistungsbetrug‘ unter unserem Innenminister Herbert Kickl war, die aber nach dem Koalitionsbruch durch die ÖVP nicht mehr umgesetzt wurde“, bemerkte Belakowitsch.

Der Sozialbetrug hat System

Denn immer wieder werden Fälle publik, in denen vorsätzlich unser Sozialsystem geschädigt werde



Belakowitsch fordert gezielteres Vorgehen gegen den Sozialbetrug.

und es sich dabei keinesfalls um irgendwelche nicht beachtenswerte ‚Einzelfälle‘ handle. „Was hier begangen wird, ist schlicht und ergreifend Betrug an den österrei-

chischen Bürgern, die mit ihren Steuern und Sozialabgaben unser wertvolles Sozialsystem am Leben erhalten“, betonte die FPÖ-Sozialsprecherin.

Anerkennung für Freiwilligentätigkeit

Während die ÖVP es für gut hält, illegal Aufhältigen (das sind Asylwerber mit laufendem Verfahren) 1,50 Euro pro Stunde für Hilfstä-



Foto: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONS

tigkeiten im Auftrag von Gemeinde oder Land zu bezahlen, lehnte sie eine Entgeltfortzahlung für freiwillige Helfer nach mehrtägigem Katastropheneinsatz entrüestet ab.

„Schon lange höre ich von vielen Seiten, dass wir den Einsatz unserer selbstlosen Helfer verstärkt würdigen und auch rechtlich schützen müssen“, erläuterte der FPÖ-Abgeordnete Erwin Angerer (Bild) den neuerlichen Vorstoß der Freiheitlichen.

Als langjähriger Bürgermeister der Gemeinde Mühdorf in Kärnten, als der er in Katastrophenfällen in direktem Kontakt mit freiwilligen

Einsatzkräften stehe, hoffe er, dass damit ein erster Schritt in Richtung „Attraktivitätssteigerung der Freiwilligendienste“ erfolge: „Wir dürfen die Arbeit unserer Feuerwehren, Rettungsorganisationen und sonstiger ehrenamtlicher Helfer nicht als selbstverständlich betrachten, sondern müssen ihnen auch unsere Unterstützung anbieten.“

Er gehe jedenfalls davon aus, dass es im Zuge der nächsten Ausschuss- und Plenarsitzung zu einer überparteilichen Lösung zur arbeitsrechtlichen und finanziellen Absicherung für freiwillige Helfer kommen werde.

Sucht ÖVP jetzt Wähler im Rauschgift-Milieu?

„Liberaler“ Ausflug der ÖVP verhindert die Gleichstellung von Drogen- mit Alko-Lenkern

Nach der Aufkündigung der Koalition mit der FPÖ versucht sich die ÖVP von Sebastian Kurz ein „liberales Image“ zu verpassen. So wurden zuerst die Asylerrlässe Herbert Kickls gekappt und jetzt ein Gesetz zum Kampf gegen Drogenmissbrauch auf Eis gelegt.

Wollen Linksrüne und Neos-Liberale eine Gleichstellung von „weichen“ Drogen mit Alkohol, also die Legalisierung von Haschisch und Cannabis, so geht die ÖVP bereits einen Schritt weiter: Sie will die Bevorzugung von „bekifften“ Fahrzeuglenkern gegenüber betrunkenen bewahren.

Immer mehr „Drogenlenker“

Nicht anders lässt sich die Verschiebung der von Ex-Innenminister Herbert Kickl angestoßenen Novelle zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr interpretieren. Gemäß derer sollten Drogen-Lenker wie Alko-Lenker behandelt und damit von der Polizei rascher aus dem Verkehr gezogen werden können. „Für ein Unfallopfer macht es nämlich kei-

nen Unterschied, ob der Lenker alkoholisiert oder ‚eingraucht‘ war“, begründete Kickl die Maßnahme, die er auf Drängen der Experten im Innenministerium umsetzen wollte. Denn die Zahl der Autolenker unter Drogeneinfluss ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. 2018 gab es bereits knapp 3.000 Anzeigen wegen dieses Vergehens.

Die Gesetzesnovelle hätte es den Polizisten ermöglicht, ohne Arzt eine Beeinträchtigung durch Drogen feststellen zu können. „Dies ist nötig, weil ein eklatanter Mangel an Amtsärzten herrscht, die derzeit diese Beeinflussung feststellen dürfen“, betonte Kickl. Schließlich käme auch niemand auf die Idee, einen offenkundigen Alko-Lenker weiterfahren zu lassen, weil ein Po-



Foto: BM/Robert Puchbauer

ÖVP will Polizisten keine Drogenlenker aus dem Verkehr ziehen lassen.

lizist und kein Arzt den ersten Verdacht der Beeinträchtigung festgestellt hat.

Selbst der Wiener Polizeipräsident sei ein vehementer Befürworter dieser Maßnahme, erinnerte Kickl: „Diese Absage katapultiert

den Kampf gegen den Drogenmissbrauch um Jahre zurück!“

Die Novelle ist seit Ende April in Begutachtung. Da sie auch verfassungsrechtliche Regelungen berührt, ist dafür eine Zweidrittelmehrheit im Parlament nötig.

Sebastian Kurz' religiöse Spontan-Erweckung

Während die anderen Parteichefs noch im Parlament um Mehrheiten für Gesetzesinitiativen ringen, hat sich ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz bereits auf Wählerfang gegeben. So auch letztes Wochenende in der Wiener Stadthalle.

Ganz nach amerikanischem Vorbild scheut er nicht vor der Verquickung von Politik und Religion zurück und ließ sich auf der Veranstaltung der „Erweckungs-Bewegung“ als deren politischer Messias feiern. Ben Fitzgerald, der Leiter der „Awakening“-Bewegung, sprach für Kurz (Bild) ein „Segensgebet“: „Gott, wir danken

dir so sehr für diesen Mann. Für die Weisheit, die du ihm gegeben hast. Für das Herz, das du ihm für dein Volk gegeben hast.“

Fitzgerald, ein vom Drogenhändler zum Prediger bekehrter Australier, scheint für diese Analyse Kurz' prädestiniert zu sein, schließlich ist er doch für den Bereich „Übernatürlicher Dienst“ (Supernatural Ministry) der „Bethel Church“ im kalifornischen Redding zuständig.

Nicht der Besuch, aber Fitzgeralds „Segensgebet“ sei „spontan“ erfolgt, verteidigten Kurz' Berater die hochgeistige Wahlkampfinszenierung ihres Chefs.



Foto: schemabot/DFP



Herbert Kickl

Norbert Hofer

Aus Verantwortung für Österreich:

Bereit für den Neuanfang

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Wird Merkel Kommissionschefin?

Die EU sucht eine neue Besetzung für das wichtigste Amt. Kommissionschef Jean-Claude Juncker tritt ab. Die Nachfolge ist ein großer Kuhhandel rund um die Brüsseler Topjobs Kommissionschef, Parlamentspräsident, Ratspräsident, dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und dem Chef der Europäischen Zentralbank. Alles Funktionen, die heuer neu zu besetzen sind – und wohl als Gesamtpaket ausgedacht werden.

Immer wieder taucht ein Name auf: Angela Merkel. Frankreichs

Präsident Macron hat sich schon als Merkel-Fan geoutet: „Wenn sie es machen wollte, würde ich sie unterstützen“, so Macron. „Was wäre, wenn Angela Merkel beim Europäischen Rat in dieser Woche plötzlich den Finger hebt und sagt: Liebe Kollegen, ich bewerbe mich übrigens um den Kommissionsvorsitz? ... Die wichtigste Personalfrage der Europäischen Union wäre mit diesem Satz entschieden“, analysiert die FAZ. Merkel selbst hat dies in den vergangenen Monaten zwar mehrfach ausgeschlossen – aber überraschende Schwenks sind ihr bekanntlich nicht fremd.

Das Signal wäre fatal: Die Person, die wie keine andere mit ihrer verantwortungslosen Asyl- und Migrationspolitik im Alleingang für die Spaltung der EU gesorgt hat? Jene Person, die wie kaum eine andere für eine zentralistische Union zu Lasten der Mitgliedsstaaten steht? Man kann nur hoffen, dass Macrons Wunsch nicht in Erfüllung geht.

Patriotische Allianz im EU-Parlament gegründet

Den patriotischen Kräften Europas ist ein wichtiger Schritt für ein einheitliches Auftreten im EU-Parlament gelungen: Am vergangenen Mittwoch fand in Brüssel die konstituierende Sitzung der neuen Fraktion „Identität und Demokratie – ID“ statt. FPÖ-Delegationsleiter Harald Vilimsky zeigte sich sehr erfreut über die Gründung der neuen Fraktion: „Es ist uns gelungen, einen ersten Schritt zu einer Vereinigung des freiheitlich-konservativ-patriotischen Lagers im EU-Parlament zu setzen. Die neue ID-Fraktion vereinigt sowohl Delegationen aus der ECR, der EFDD, als auch aus der alten ENF-Fraktion. Und mit nunmehr 73 Abgeordneten stellen wir die größte patriotische Fraktion im EU-Parlament.“

Ziel dieser Fraktion sei die Erzeugung eines notwendigen Reformdrucks, also für echte Subsidiarität, Kampf der illegalen Migration, mehr direkte Demokratie und Erhalt der Vielfalt in Europa auf allen Ebenen, erläuterte

Vilimsky. Präsident dieser neuen Fraktion wird Marco Zanni, ein enger Vertrauter des italienischen Lega-Chefs Matteo Salvini.

Der Fraktion gehören die Lega Nord mit 28 Abgeordneten, Le Pens „Rassemblement National“ mit 22 Mandatären, die AfD mit elf Abgeordneten, FPÖ und Vlaams Belang mit je drei, „Finnen“ und die tschechische SPD mit je zwei, sowie die Dänische Volkspartei und die estnische EKRE mit je einem Abgeordneten an.



Geeint in der neuen Fraktion.

Der Pakt der Zentra Liberaler stellen Fül

Frankreichs Staatschef Macron versucht, die EVP



Die Schachfiguren beim Brüsseler Spiel der Staats- und Regierungschefs und Fraktionen im Europaparlament: die Liberale Margrethe Vestager, EVP-Chef

In Brüssel ist der Streit um die Spitzenposition in der Union voll entbrannt. Bei der Wahl haben die beiden bisherigen bestimmenden Fraktionen, Europäische Volkspartei und Sozialdemokraten, ihre Mehrheit verloren. Die Liberalen, unterstützt von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, präsentieren sich als Retter in der Not.

Besonders umstritten ist die Position des nächsten EU-Kommissionspräsidenten. Neben EVP-Chef Manfred Weber buhlen SPE-Chef Frans Timmermans und die bisherige Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager von den Liberalen um den Posten.

Bestimmt wird der „Sieger“ von den Staats- und Regierungschefs der Union, das Europaparlament darf den Kandidaten nur noch „bestätigen“.

Paris gegen Berlin

Und hier klaffen die Interessen der beiden EU-Großmächte Deutschland und Frankreich auseinander. Angela Merkel wie Emmanuel Macron sind geschwächte Regierungschefs, Merkel durch das Zerbrechen des Koalitionspartners SPD und Macron durch die anhaltenden Proteste gegen seine Regierung. Daher suchen und brauchen beide zum Überleben einen Erfolg auf europäischer Ebene.

Und dabei hat sich Macron als der effektivere oder gerissenerer Stratege in Brüssel erwiesen. Und

er kann – im Gegensatz zu Rot und Schwarz – mit seiner Fraktion der Liberalen und Progressiven einen Mandatszuwachs vorweisen.

Zur Erinnerung: Die EPV ist trotz Verlusten mit 179 Abgeordneten die stärkste Fraktion im Europaparlament, gefolgt von den Sozialdemokraten mit 152 und einer neuen Fraktion aus Liberalen und



Merkel und Macron: Zwei geschwächte nach einem Erfolg suchen, um ihre Po

alisten: EVP und hrungsanspruch mit taktischen Winkelzügen einzukochen



...m Macht und Einfluss in der Union. Die Spitzenkandidaten der drei größten
...f Manfred Weber und der Sozialdemokrat Frans Timmermans (v.l.).

Progressiven, der „Renew Europe“ mit 108 Mandataren

Macron taktiert gegen Weber

So stieß EVP-Kandidat Weber beim letzten Treffen des Europäischen Rates bereits auf ernsten Widerstand, weil Zweifel wegen seiner mangelnden Erfahrung im exekutiven Bereich geäußert wurden. In Brüssel wird geraunt, dass Weber dennoch in das Amt kommen könnte, wenn den Liberalen erstmals der Prestigeposten des Parlamentspräsidenten zugestanden werde. Erster Kandidat

dafür wäre der karrierebewusste Belgier Guy Verhofstadt. Aber Macron möchte mehr. Er schloss sich mit anderen liberalen Parteichefs zusammen, darunter Hollands Premierminister Mark Rutte und Belgiens Charles Michel, um mit „Renew Europe“ die Führung im liberalen Lager zu übernehmen. Einigkeit herrscht zwischen ihnen und Platzhirsch Verhofstadt in der Frage, dass sie Parteikollegin Vestager für das Amt des Kommissionspräsidenten unterstützen.

Zentralismus muss weitergehen

Aber Macron taktiert weiter. So gaben er und der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel Unterstützungserklärungen für Angela Merkel ab, falls sie beschließen sollte, von Berlin nach Brüssel zu wechseln. Merkel hat zwar wiederholt erklärt, ihre Amtszeit in Berlin abzuschließen und danach aus der Politik ausscheiden zu wollen.

In Brüssel wird das Lob an Merkel so ausgelegt, dass Macrons Bündnis bereit wäre, die Kommissionspräsidentschaft an die EVP abzutreten, aber nur, wenn die Konservativen einen stärkeren und integrationsfreudigeren Kandidaten als Weber vorschlagen, am besten einen ehemaligen Regierungschef.



...e Regierungschefs die in Brüssel
...sition zuhause verbessern zu können.

KURZ UND BÜNDIG



Foto: AP/REUTERS

Umweltpolitik bestätigt

Entgegen den Unkenrufen von NGOs und den Freitags-Schulschwänzern zeigte sich die EU-Kommission mit dem eingereichten Entwurf von Österreichs Energie- und Klimaplan (NEKP) grundsätzlich einverstanden. Brüssel sieht keinen Bedarf an großen Änderungen, lediglich in einigen Punkten sollte nachgebessert werden. Grundlage des NEKP ist die österreichische Klima- und Energiestrategie „#mission2030“, die noch von der türkis-blauen Koalition erstellt wurde. Insgesamt sollen in Österreich 46 Prozent des gesamten Energieanteils aus erneuerbaren Energien kommen, wobei sich Österreich dabei selbst 45 bis 50 Prozent als Ziel gesetzt hat.

Der große Steuerbluff

Dass die Finanztransaktionssteuer mehr im Eigeninteresse der Finanzminister Europas liegt als die vorgeblichen Zählung der „Spekulanten“ zeigt einmal mehr der nunmehrige Vorschlag des deutschen Finanzministers Olaf Scholz. Er folgt dem von rot-schwarz in Österreich umgesetzten Modell, nämlich der generellen Besteuerung des Verkaufs von Aktien. Damit erschwert Scholz nun auch den Deutschen den privaten Vermögensaufbau und die private Pensionsvorsorge, da wegen der Negativzinsen derzeit die Sparer Geld verlieren und einzig mit „Aktien sparen“ ein Vermögenszuwachs zu erzielen ist.

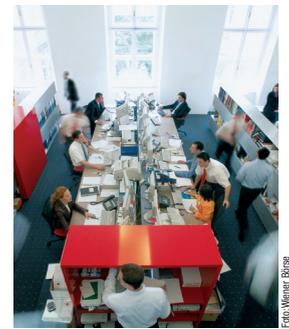


Foto: Wiener Börse

EuGH brachte deutsche „Ausländermaut“ zu Fall!

Eine kleine Sensation ereignet sich am vergangenen Dienstag in Luxemburg: Die deutsche Pkw-Maut ist nicht mit EU-Recht vereinbar, die Abgabe sei gegenüber Fahrzeughaltern und Fahrzeughalterinnen aus dem Ausland diskriminierend, entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) am vergangenen Dienstag in Luxemburg. Das geplante System sah nämlich vor, dass lediglich deutsche Fahrzeughalter die Maut über einen Freibetrag bei der Kfz-Steuer wieder rückerstattet bekommen.

Das ist eine der wenigen Entscheidungen des Höchstgerichts, bei der die Richter nicht dem Urteil des zuständigen Generalanwalts gefolgt sind. Der hatte im Februar angeregt, dass die Klage Österreichs abgewiesen werden sollte. Stattdessen folgte der Gerichtshof der Argumentation von Ex-Verkehrsminister Norbert Hofer, der die Klage vorangetrieben hatte und dabei von den Niederlanden unterstützt worden war.

Der nunmehrige designierte FPÖ-Bundespartei- und Klubobmann Norbert Hofer begrüßt diese Entscheidung: „Während meiner Amtszeit als Verkehrsminister habe ich mehrere Gespräche mit meinem deutschen Amtskollegen Andreas Scheuer (CSU) geführt. Er wollte mich zu einem Rückzug der Klage bewegen – ich habe abgelehnt. Das heutige Urteil gibt der österreichischen Position recht und erspart unseren Autofahrern und Frächtern Millionen.“



Foto: WZ

Erfolg für Hofer beim EuGH.

TERMINE

**23 FPÖ-Frühshoppen
in St. Aegidi**

Die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe St. Aegidi lädt am Samstag, dem 23. Juni 2019, zum Frühshoppen mit Live-Musik der Gruppe „Borriquito“ und Ehrengast FPÖ-Bundesrat Thomas Schererbauer ins Gasthaus „Kellerwirt“ der Familie Bogner (4725 St. Aegidi 7). Beginn: 10.00 Uhr.

**25 Bezirksteilstamm-
tisch Seestadt Aspern**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 25. Juni 2019, zum Bezirksteilstammtisch in der Seestadt Aspern ins Gasthaus „Seestadt-Kantine“ (Sonnenallee 26, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**27 Sprechstunde im
„Blauen Bus“**

Die FPÖ Favoriten lädt am Donnerstag, dem 27. Juni 2019, zu ihrer Sprechstunde im „Blauen Bus“ beim Spar am Monte Laa (Laaerbergstrasse 43, 1100 Wien). Beginn: 17.00 Uhr.

**27 Stammtische der
FPÖ Penzing**

Die FPÖ Penzing lädt am Donnerstag, dem 27. Juni 2019, zu ihrem Stammtisch in „Edis Weinkeller“ (Linzerstrasse 91, 1140 Wien). Der Seniorenstammtisch startet um 15.00 Uhr, der allgemeine Stammtisch um 17.00 Uhr.

**29 FPÖ-Sommerfest
am Modenapark**

Die FPÖ Landstraße lädt am Samstag, dem 29. Juni 2019, zu ihrem Sommerfest am Modenapark (Modenapark, 1030 Wien). Beginn: 14.00 Uhr.

**3 Stammtisch der
FPÖ Simmering**

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 3. Juli 2019, zu ihrem Stammtisch im Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

LESER AM WORT


Subventionsfest

Nachdem die Wiener SPÖ der Veranstalter des Donauinselfestes ist und dieses seit Jahren mit Millionen subventioniert, darf die Mutmaßung angestellt werden, dass es sich hier um die Zweckentfremdung und somit parteipolitischem Missbrauch von Steuergeld handelt. Die Subventionen auf Kosten der Allgemeinheit sind daher umgehend einzustellen, und dann kann ja die Wiener SPÖ schauen, wie sie ihr Fest finanziert und diese Künstler bezahlt!

Stefan Scharl, Klosterneuburg



Foto: seniorenbiz.nfz

Kriminelle Jugendliche

Es kann keiner abstreiten, seit so viele Ausländer in Österreich sind, haben die brutalen Straftaten enorm zugenommen. Schon 13-jährige oder noch jüngere sind bereits kriminell und das auch noch äußerst brutal. Die Medien erzählen uns immer von Österreichern, verschweigen aber, dass diese Täter Migrationshintergrund haben.

Wenn die Eltern unfähig sind, ihre „Kinder“ zu erziehen, dann gehört die ganze Familie abgeschoben.

Ernst Pitlik, Wien

Jugendbanden

Im Bereich des Rennbahnweges treiben Jugendbanden aus Tschetschenien ihr Unwesen und bedrohen bzw. berauben Jugendliche auf dem Weg zur Schule. Der Exekutive sind auf Grund des Alters der Fratzen die Hände gebunden, und es werden vermehrt Streetworker gefordert. Die NGOs und Willkommensklatscher schauen natürlich weg, ihre Kinder gehen auf teure Privatschulen und meiden den „Hotspot“ Rennbahnweg.

J. G. Ehrenreich, Wien

Umweltschutz und Abzockerei

Mit welchen Mitteln Politik und Medien das lebenswichtige CO₂ zum Gift erklären, obwohl es für Pflanzen und daher für alle Lebewesen lebensnotwendig ist, macht stutzig. Man macht den Menschen Angst, um politischen Ziele durchzusetzen. Das Schwedenmädchen setzt sich für das Verbot von Verbrennungsmotoren und für E-Autos ein – ganz wie es die EU wünscht. So nebenbei hat die junge Dame erwähnt, dass sie für den Bau von AKW ist, denn die sind ihrer Aussage nach „umweltfreundlich“. Um

unser Umweltbewusstsein zu beruhigen, zahlen wir Milliarden für Umweltzertifikate, die nur einen Nutzen haben – sie sind tolle Einnahmen für die Banker und Spekulanten, aber für die Umwelt völlig nutzlos.

Stephan Pestitschek, Strasshof



Foto: NFZ

Umweltpolitik mit Fakten

Deutschlands Klimapolitik und Energiewende sind bei sachlicher Betrachtung eine ökologische und wirtschaftliche Fehlentscheidung mit schweren Folgen für Ökonomie und Ökologie. Am 30. Jänner 2019 attestiert das Wall Street Journal den Deutschen nicht ohne Grund „die weltweit dümmste Energiepolitik“. Ich rate der FPÖ, in der Frage des Klimawandels und nachgeordneten Fragen wie CO₂-Steuer, Strom- und Verkehrswende klare Positionen, die auf eindeutigen Daten und Fakten beruhen. Argumentieren, statt moralisieren.

Florian Teufel, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



U-Kommission zu „roten Netzwerken in Wien“

FPÖ will das Geldverteilen von der Stadt an SPÖ-Vereine untersuchen

Auf ihrer Klubklausur im Aburgenländischen Frauenkirchen präsentierte die FPÖ Wien ihre Schwerpunkte für den Herbst. Im Mittelpunkt dabei das „rote Vereinsnetzwerk“ und die zunehmende Jugendbanden-Kriminalität.

Vizebürgermeister Dominik Nepp und Klubobmann Toni Mahdalik kündigten an, dass der Antrag zu einer Untersuchungskommission zum Thema „Netzwerk der roten Vereine in Wien“ bereits nächste Woche im Gemeinderat eingebracht werde.

Rote Geldflüsse offenlegen

„Diese Verflechtungen zwischen den SPÖ-Vorfeld-Organisationen und der Stadt Wien müssen aufgedeckt werden. Denn hier werden Millionenbeträge von der SPÖ für die SPÖ beschlossen. Eingesetzte Gelder können somit nicht für die



Nepp und Mahdalik kündigen der SPÖ einen „heißen Herbst“ an.

ursprüngliche Absicht eingesetzt werden“, begründete Nepp den Antrag. Mit den Wiener Volkshochschulen (VHS), mit der Wiener Kinder- und Jugendbetreuung und dem Donauinselfest nannte er drei Beispiele für Vereine, die geprüft werden sollten.

Um dem Problem der Jugendbanden in Wien Herr zu werden, werden die Freiheitlichen in der Gemeinderatssitzung in der nächs-

ten Woche einen Antrag auf die Einsetzung einer Spezialeinheit der Polizei – so wie gegen die Drogenkriminalität – einbringen, erklärte Mahdalik.

Zu einer möglichen Rückkehr HC Straches in die Landespartei stellte Nepp klar, dass dies erst möglich sei, wenn alle Ermittlungen der Justiz gegen ihn abgeschlossen und alle Vorwürfe entkräftet seien.

Tarnen und Täuschen um 71.000 Euro!

Verständlicherweise hatte der ÖVP-Bezirksvorsteher für die Innere Stadt, Markus Figl, wenig Lust, seinen Schwenk hin zur grünen „Auto-Raus-Politik“ von Noch-Verkehrsdadträtin Maria Vassilakou vielen Zeugen zu erklären. „Seine letztwöchige Auftaktveranstaltung zur Erstellung eines Gesamtverkehrskonzepts als Bürgerbeteiligung zu verkaufen, war eine glatte Verhöhnung der Anrainer“, empörten sich der Klubobmann der FPÖ-Innere Stadt, Markus Platt, und Landtagsabgeordneter Georg Fürnkranz.

Sehr viele Bürger hätten ihnen berichtet, gar keine Einladung erhalten zu haben, und jene, die sich

anmelden wollten, erhielten den Hinweis, die Höchstteilnehmerzahl sei schon überschritten. So würden 71.000 Euro an Steuergeld für die Erstellung eines „Gesamtverkehrskonzepts für die Innenstadt“ verbraten, die Spielregeln dafür bleiben aber völlig intransparent.

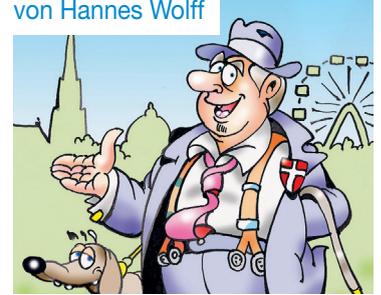
„Erst kürzlich wurden 2,7 Millionen Euro an Steuergeld für ‚Informationsveranstaltungen‘ durch den städtischen Planungsausschuss gepeitscht“, berichtete Fürnkranz. Er fordert daher vom ÖVP-Bezirksvorsteher eine echte Bürgerbeteiligung, die allen Betroffenen die Chance biete, ihre Meinung einzubringen, wie es in der Stadtverfassung vorgesehen sei.



Fürnkranz: ÖVP-Figl verhöhnt die Bürger beim Verkehrskonzept.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Dass ich überhaupt von einem Tierschutzvolksbegehren gewusst habe, ist reiner Zufall. Der ORF war mir dabei jedenfalls nicht behilflich.

Bankgeheimnisse

So hab ich denn, bei einem Spaziergang durch die heiße Stadt, meine Unterschrift im Alten Rathaus in der Wipplingerstraße abgegeben.

Und da ist mir eingefallen, dass hier der Dr. Lueger (das ist jener Bürgermeister, der im Gegensatz zu Herrn Ludwig ganz ohne Wahlkampf noch kleinen Greißlern die Hand gereicht hat) die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gegründet hat.

Und wie diese „Z“ die Länderbank übernehmen musste. Die Leichen in deren Keller waren allzu zahlreich. Hierauf „fusionierte“ die zur Kommerzbank gewordene Z mit der CA, und die zur Bank gewordene Sparkasse sank zur Bank Austria herab. „Austria“ im Besitz der Italo-Mutter UniCredit.

Wie viele Machenschaften und Gaunereien bei all diesen Vorgängen im Spiel waren, lässt sich nur ahnen, aber kaum rekonstruieren. Dagegen ist – ohne es schönreden zu wollen – H.C. Straches bsoffenes Agieren ein Lercherlschaas. Die verdeckten Bank-Spielchen aber waren nie Stoff großer Aufregungen. Übrigens: Wenn die Spieler nicht gestorben sind, leben sie noch heute.

BURGENLAND **Bezirksparteitag**

In Anwesenheit von FPÖ-Landesparteiobmann Johann Tschürtz und FPÖ-Klubobmann Geza Molnar wurde der Bezirksparteitag der FPÖ Oberpullendorf abgehalten. Bei der Wahl zum Bezirksparteiobmann setzte sich Amtsinhaber Herbert Adelmann gegen einen Gegenkandidaten mit 81,6 Prozent der Stimmen klar durch. Einstimmig wurden Martin Perl zum geschäftsführenden Bezirksparteiobmann sowie Christian Springinklee und Daniel Zierhofer zu Adelmans Stellvertretern gewählt.

STEIERMARK **Neuer RFJ-Obmann**

Die Freiheitliche Jugend (RFJ) Steiermark hat am vergangenen Samstag in Trautmannsdorf Michael Wagner, bisheriger Landesgeschäftsführer des RFJ, Michael Wagner zu ihrem neuen Landesobmann gewählt.



Foto: RFJ Steiermark

FPÖ durch Erfolg der Deutsch-Förderklassen voll bestätigt!

Die Praxis beweist, dass Kinder von diesem Konzept profitieren

Höchste Beamte der Kärntner Bildungsdirektion bezeichnen die – von der Kärntner SPÖ abgelehnten – Deutsch-Förderklassen als vollen Erfolg.

Als eine „kleine bildungspolitische Sensation“ bezeichnete FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann „die Revolte“ der Kärntner Bildungsdirektion gegen die SPÖ-geführte Landesregierung. Denn die Beamten haben die im Vorjahr eingeführten Deutsch-Förderklassen für Kinder ohne ausreichende Deutsch-Kenntnisse nach einer Überprüfung gegenüber dem ORF als Erfolg bezeichnet.

Rote „Bildungspolitik“ entlarvt

Dabei hatte die SPÖ, vom zuständigen Bildungsreferenten, Landeshauptmann Peter Kaiser, bis hinunter zu den Lehrer-Personalvertretern, die Förderklassen schlechtgeredet und behin-

KÄRNTEN 

Foto: NFZ

Deutschförderklassen haben sich in Kärnten bestens bewährt.

dert. „Dass die Klassen trotz dieses SPÖ-Widerstandes gelingen, zeigt, wie gut das Konzept ist“, betonte Darmann.

Die Bildungssprecherin der Kärntner FPÖ, Elisabeth Dieringer-Granza, betonte, dass die Evalu-

ierung der Deutsch-Förderklassen in Kärnten alle Annahmen der Freiheitlichen bestätigt habe: „Die gesetzten Ziele, Startnachteile auszugleichen und damit Chancengerechtigkeit für Kinder mit Sprachdefiziten herzustellen, werden erreicht.“

Wieselburger VOLKSFEST

Ing. Norbert Hofer

Dr. Walter Rosenkranz

mit Bieranstich und Freigetranken

LIVE-Musik ab 17:15 Uhr THE HOTDOGS

MIT NORBERT HOFER & WALTER ROSENKRANZ

Do, 27. Juni 2019

18 Uhr in Franky's Bierstadt

NIEDERÖSTERREICH **Schwarze Wählertricks**

„Noch immer ist es in Niederösterreich möglich, an mehreren Wohnsitzen im Bundesland den Gemeinderat zu wählen“, kritisierte FPÖ-Kommunalsprecher Dieter Dorner die derzeitige Gesetzeslage. Dieser Umstand solle regelmäßig vor Wahlen für Unmut und Spekulationen, da diese Regelung

politischer Willkür unterworfen sei und Wählertricks Tür und Tor öffne, warnte Dorner. Niederösterreichs Freiheitliche fordert daher eine Reform der Gemeinderatswahlordnung nach dem Prinzip: „Ein Wähler, eine Stimme“.

„In Gemeinden, wo die Bürgermeisterpartei durch das Anmelden von Personen zusätzlich Parteistimmen lukrieren möchte, kommt es zu haarsträubenden Argumentationen, um diese Personen im Wählerverzeichnis zu belassen“, erklärte Dorner. Auch um diesem Treiben der Bürgermeister ein Ende zu bereiten, brauche es eine Reform.

Als bedenklich einzustufen sind auch die nichtamtlichen Stimmzettel bei den Gemeinderatswahlen. „In vielen Gemeinden können Variationen bei den beigelegten Stimmzetteln Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Siedlungen, Straßenzüge oder im Extremfall sogar einzelner Personen zulassen“, kritisierte Dorner.



Foto: FPÖ Niederösterreich

Dorner: ÖVP trickst weiter bei Gemeinderatswahlordnung.

OBERÖSTERREICH 



Foto: FPÖ Oberösterreich

FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr fordert Prüfung der Mindestsicherungsvergabe durch den Rechnungshof.

Verharmloste Missstände im SPÖ-Sozialressort

FPÖ fordert Prüfung der Mindestsicherungspraxis durch Rechnungshof

Hatte SPÖ-Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer zunächst von „Vollzugsformalitäten“ gesprochen, so vermutet die FPÖ jetzt bedeutend Schlimmeres.

Noch vor wenigen Tagen hatte SPÖ-Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer öffentlich versichert, dass dem Land kein finanzieller Schaden bei der doppelgleisigen Vergabe der Wohnungslosenhilfe entstanden sei. Für FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr sollte damit anscheinend der Anschein erweckt werden, als ginge es nur um eine „formale Abklärung der Vollzugspraxis“.

„Aber nun kommt schön langsam die ganze Wahrheit ans Licht, es steckt viel mehr dahinter. Mittlerweile droht sogar ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft. Auch Schäden für den Steuerzahler können nicht mehr ausgeschlossen werden“, warf er Gerstorfer eine „üble Vertuschungsaktion“ vor.

Rechnungshof soll prüfen

Entweder habe sie die rechtliche Relevanz der Situation nicht erkannt, oder gar versucht, die Sache unter den Teppich zu kehren. Beides wäre höchst bedenklich und verantwortungslos gegenüber dem

Steuerzahler, kritisiert Mahr: „Ist das nur die Spitze des Eisberges? Es ist höchst an der Zeit, die Mindestsicherung in Oberösterreich durch den Rechnungshof lückenlos durchleuchten zu lassen, anstatt diesen mit einem Gutachten für einen kleinen Teilbereich zu beauftragen!“

Er erinnerte an die Prüfung des Landesrechnungshofes in der Steiermark, der gravierende Mängel im Vollzug der Mindestsicherung mit erheblichem finanziellen Schaden aufgedeckt hatte. Unter anderem seien auch dort Leistungen ohne Rechtsgrund zuerkannt worden.

Mehr Transparenz im Land

Vorarlbergs FPÖ-Klubchef und Kontrollausschuss-Obmann Daniel Allgäuer fordert die (Neu-)Auflage eines „aussagekräftigen Subventionsberichtes“. Er ließ die Ausreden von ÖVP-Landeshauptmann Markus Wallner, das sei ein zu hoher Verwaltungsaufwand, nicht gelten: „Beinahe die Hälfte der Finanzmittel des Landes Vorarlberg sind Fördermittel. Wir Freiheitlichen haben schon immer den Standpunkt vertreten, an der Erstellung eines echten Subventionsberichtes festzuhalten.“

Der Landeshauptmann habe ja selbst darauf hingewiesen, dass es eine „interne Liste“ gebe. Diese so zu adaptieren, dass sie dem Recht des Datenschutzes entspricht und damit öffentlich gemacht werden kann, das kann doch kein so großer Verwaltungsaufwand sein!“, empörte sich der freiheitliche Klubchef. Außerdem gelte ja: Wer nichts zu verbergen hat, müsse sich vor Transparenz nicht fürchten, bemerkte Allgäuer ironisch in Richtung der schwarz-grünen Landesregierung.

VORARLBERG 



Allgäuer fordert transparenten Subventionsbericht ein.

Foto: Andreas Mairich/Öbfa.at



LÄNDER-SACHE

Manfred Haimbuchner
FPÖ-Landesparteiobmann Oberösterreich

Die vergangene Woche war eine schwere und schmerzliche Zeit für die Freiheitliche Partei Österreichs und die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft. Es war ein grober Rückschlag für die konservative und patriotische Kraft zum Wohle unseres Landes, die von dieser freiheitlich geprägten Bundesregierung ausging.

Arbeiten für Österreich

Nun steht die FPÖ heute, wie schon so oft in ihrer Geschichte, vor einer großen Reifepfung. Die vergangenen Tage und Wochen haben schonungslos offengelegt, dass es auch innerhalb unserer Partei Entwicklungen und Zustände gibt, die wir kritisch hinterfragen und abstellen müssen. Für mich ist indes klar: Die FPÖ ist eine rechte, bürgerliche Partei – wir sind österreichische Patrioten.

Unsere freiheitlich-konservative Bewegung steht auf eigenen Füßen und hat es gewiss nicht nötig, sich in undurchsichtige Kooperationen mit ausländischen Kräften zu begeben. Ich werde in meiner Funktion als stellvertretender Bundesparteiobmann und Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich unserem designierten Bundesparteiobmann Norbert Hofer jede erdenkliche Unterstützung bei dem nun fälligen Reformprozess zukommen lassen.

Als FPÖ stellen wir unsere ganze Kraft und unser ganzes Schaffen in den Dienst für dieses wunderbare Land und seine großartigen Menschen. Wir arbeiten jeden Tag dafür, dass unsere Vision eines starken Österreichs in einem starken Europa der Vaterländer Realität wird. Wir arbeiten jeden Tag dafür, dass das Land unserer Vorfahren auch das Land unserer Nachfahren sein wird.

GEZWITSCHER



harald

@harald_eff

Kann diese #KurzPK etwas anderes bedeuten, als dass die ÖVP die begründete Befürchtung hat, dass es wirklich Belege ihrer Verbindung zum Ibiza-Video gibt?

17.06.19 02:43

Bisher hat sich „das Medium“, das die „gefälschten“ E-Mails angeblich erhalten haben soll, nicht zu Erkennen gegeben.

josef kalina

@josefkalina

Heißt im Klartext: Umerziehung funktioniert nicht. Seit 2011 wurden viele Kilometer Radwege errichtet und positive Begleitmassnahmen fürs Radfahren gesetzt. Ergebnis in 8 Jahren? NULL! (Weils hier einfach zu lang und oft schlechtes Wetter hat und weils zuviel bergauf geht).

10.06.19 11:17

Wien ist eben nicht das „brettelbene“ Amsterdam, von dem alle grün-faszinierten Radfahrbekehrungsprediger träumen.

WHATSAPP



Neue Allianz im EU-Parlament

Die patriotische „Identität und Demokratie (ID)“ mit FPÖ-Beteiligung wurde gegründet! Wir gratulieren!

GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer

18.06.2019

Am 29. September entscheidet sich, in welche Richtung Österreich geht. Entweder wird der erfolgreiche rot-weiß-rot Kurs der FPÖ fortgesetzt oder es kommt zu einer Rückkehr der Politik der offenen Grenzen.



348 Personen gefällt das.

Auf den Punkt gebracht, die Entscheidungswahl am 29. September.

ORF bricht in seinem Einsatz für die Grünen alle Regeln

Grüne nicht im Parlament, aber bei den TV-Diskussionen zur Wahl

Die Neos durften 2013 nicht dabei sein, Peter Pilz nicht 2017. Aber die Grünen dürfen sich heuer bei den TV-Diskussionen im ORF zeigen.

Nicht nur FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker zeigte sich verwundert über die jüngste Entscheidung des ORF. War es bisher Usance, dass nur Parteien an den TV-Diskussionen zur Nationalratswahl teilnehmen dürfen, die im Nationalrat vertreten sind, so gibt es heuer erstmals eine Ausnahme.

Extrawurst für Grüne

So werden neben den fünf Parlamentsparteien auch die Spitzenkandidaten der Grünen auf den Küniglberg eingeladen. ORF-General Alexander Wrabetz begründete diese Entscheidung mit dem Ergebnis einer Studie, mit der der ORF die „Relevanz“ der nach derzeitigem Stand kandidierenden Parteien abtesten ließ.



Wrabetz wird mit „Relevanz-Studie“ zum grünen Wahlhelfer.

„Bei der Nationalratswahl 2017 wurde auf eine solche Relevanzstudie verzichtet und der Liste Pilz, die damals noch nicht im Nationalrat saß, von vornherein eine Ab-

sage erteilt. Umso peinlicher im Nachhinein betrachtet, als die Liste Pilz den Einzug ins Parlament geschafft hat, während die Grünen hinausgewählt wurden“, erinnerte Hafenecker den ORF an seine „Relevanz-Kompetenz“. Oder wurden bei der „Studie“ nur die ORF-Redakteure auf ihre Parteipräferenzen abgefragt?

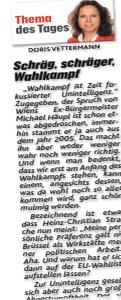
FPÖ IN DEN MEDIEN

Die Politik der FPÖ wirkt. Davon überzeugte sich auch „Österreich“ in Linz, wo die Freiheitlichen als Koalitionspartner der SPÖ mit einem sektoralen Bettelverbot seit 2016 gegen die osteuropäische „Bettelmafia“ vorgegangen sind:



Das Linzer Ordnungsamt verzeichnete einen rasanten Rückgang der Bettelerei in der oberösterreichischen Landeshauptstadt. Nach 82 Einsätzen im April, mussten die Beamten im Mai nur mehr 38-mal tätig werden.

„Schräg, schräger, Wahl-



kampf“ titelt die „Kronenzeitung“ ihre jüngste Breitseite gegen die Freiheitlichen. HC Straches Erklärung zu seinem Verzicht auf sein Brüsseler Mandat bewertete die „unabhängige“ Zeitung als unintelligenten und abgestumpften „Posten- und Geldschacher“, der ihn auf ewig als Politiker disqualifiziere.

Das neue Magazin

- Kompakt und topaktuell informiert
- In regelmäßigen Abständen
- Ideal am Handy abrufbar (Hochformat)

Bleib informiert auf [f/fpoe](https://www.facebook.com/fpoe)

Lisa Gubik **Christian Schuch**

Die Sprache des sogenannten Burgtheaters

Martin Kusej kommt von München zurück nach Österreich – und will polyglottes Theater

Das ist natürlich so eine Sache, bei der gleich ein paar Herrschaften über mich herfallen könnten. Weil ich nämlich mit jenem Herrn, der in Zukunft das hinter dem teuren neuen Regenbogen-Zebrastrifen stehende Theater leiten wird, Martin Kusej, keine große Freude habe.

Schon vor Wochen habe ich angesichts einer „Zelt“-Aufführung des Hauses meine Kritik mit den Worten „Es war einmal ein Burgtheater“ getitelt. Das war prophetisch. Herr Kusej bricht nämlich, wie er in seiner Pressekonferenz mitteilte, mit der Tradition, dass auf dieser Bühne nur Deutsch gesprochen werden soll.

Das verdächtige Wort

Ach ja, um den mich des „Rechtsextremismus“ Verdächtigenden einen weiteren Anhaltspunkt zu geben: Das Volkstheater hat ja früher auch „Deutsches“ Volkstheater geheißen, aber dieses gefährliche Attribut „deutsch“ musste gleich nach dem Krieg entfernt werden, es war, obwohl es schon vor 1938 so hieß, quasi „nazistisch“, und damals hat man gleich das Unterrichtsfach

„Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ umgewandelt, wiewohl jeder Professor in den Gymnasien und auch jeder Schüler weiterhin „Deutsch“ dazu gesagt hat.

Der Kärntner Slowene Kusej, der ab sofort Chef des Burgtheaters ist und betont, dass er eben das nicht sein wolle, sondern den Dramaturgen und dem sonstigen Personal (bis zur Häuslfrau?) Mitarbeit auf Augenhöhe garantiere, hält nichts mehr von Joseph II., der „Deutsch“ als Bühnensprache dieser Bühne dekretiert hat.

Das Haus gegenüber dem Rathaus soll also „polyglott“ werden. Schnitzler auf Englisch kann Kusej sich zum Beispiel vorstellen, inszeniert von John Malkovich. Mehrsprachig soll die Premiere „Vögel“ am 13. September werden, und zwar deutsch, englisch, arabisch und hebräisch, inszeniert vom Israeli Itay Tiran.

Deutsch nix gut

Herr Kusej verspricht überdies Werktreue, und er sagt: „Ich glaube nicht, dass ich besser schreiben kann als Kleist.“ Sein Wort in den



Unter Martin Kusej hat Deutsch als Burgtheatersprache ausgedient.

Gehörgang des Allmächtigen. Aber dann sagt er nochmals, um nur ja kein Missverständnis aufkommen zu lassen: „Großartige Schauspieler zu bieten, ist mir wichtiger als akzentfreies Deutsch.“

Das alles und noch mehr verkündete er auf einer eigens für die Pressekonferenz gestalteten Bühne

in verknödelten Jeans und einem dunkelblauen, offenen Hemd stehend, und seine Drohungen waren ernstzunehmen.

Anschließend ging ich über den Naschmarkt, und mir wurde wunderschönes Obst angepriesen. Ich hab es nicht gekauft, ich trug schon genug Graubirnen bei mir. *H.P.*

Mit Lotto zum Luxus-Baumhausurlaub

45 Luxus-Urlaube im Baumhaus inklusive 5.000 Euro Taschengeld zu gewinnen

Traumhafte Luxus-Urlaube in der obersten Regenwald-Etage gibt es jetzt bei Lotto „6 aus 45“ zu gewinnen. Wer sich die Chance auf dieses besondere Urlaubs-Erlebnis mitten in der Natur und doch mit allem erdenklichen Komfort nicht entgehen lassen möchte, der sollte bei den vier Ziehungen von 12. bis 23. Juni 2019 mitspielen. Denn Lotto verlost in diesem Zeitraum unter allen Tipps 45 Luxus-Urlaube im Baumhaus für 2 Personen – wahlweise in Thailand oder Südafrika inkl. Business-Class-Flügen und 5.000 Euro Taschengeld.



Die Ziehung der Gewinner findet am Sonntag, den 23. Juni unter notarieller Aufsicht statt. Die gewinnbringenden Quittungsnummern werden u.a. in allen Annahmestellen, auf lotterien.at, auf win2day.at und im ORF-Teletext veröffentlicht. Die Gewinner werden gebeten, sich beim Kunden-Servicecenter der Österreichischen Lotterien unter der Telefonnummer 0810/100 200 zu melden.

Sportträume werden wahr

Österreichische Lotterien unterstützen „I believe in you“

„I believe in you“ ist die einzige Crowdfunding-Plattform Österreichs, die sich ganz auf die Finanzierung von österreichischen Sportprojekten spezialisiert hat. Sportler, Vereine oder Verbände können ihre Projekte inklusive Gegenleistungen für verschiedene Beträge (ab 10 Euro) auf www.ibelieveinyou.at einreichen. Danach bleiben 30, 50 oder 80 Tage Zeit, um das zuvor definierte Finanzierungsziel zu erreichen. Gelingt das nicht, bleibt das Geld bei den Unterstützern.



Die Österreichischen Lotterien sind seit 2016 Hauptpartner dieser sportlichen Initiative und unterstützen mit dem sogenannten Lotterien-Boost jedes erfolgreich abgeschlossene Projekt, wenn es zu 100% ausfinanziert ist. „Mit dem Startbonus von bis zu max. 200 Euro zeigen wir, dass wir an die SportlerInnen glauben und konnten gleichzeitig einen Teil dazu beitragen, dass bereits 1,2 Mio. Euro durch Crowdfunding in den österreichischen Sport geflossen sind“, freut sich Lotterien-Vorstandsvorsitzende Bettina Glatz-Kremsner. Österreichs bester Marathon-Läufer Lemawork Ketema ist übrigens einer von 250 Sportlern, der die Crowdfunding-Plattform als Finanzierung nutzen konnte und dadurch seinen Sportraum, in Form der Qualifizierung für Olympia 2020, verwirklichen konnte.

Podiumsdiskussion Do., 27.6.2019, 19 Uhr

Vom Zentrum an die Peripherie - neue Ziele im Tourismus

Palais Palffy, Figaro-Saal
Wien 1., Josefsplatz 6

Diskutanten:

MMag. Markus FIGL
Bezirksvorsteher Innere Stadt

Norbert KETTNER
Geschäftsführer „Wien Tourismus“

Ernst NEVRIVY
Bezirksvorsteher Donaustadt

Komm.-Rat Paul STADLER
Bezirksvorsteher Simmering

Diskussionsleitung:
Komm.-Rat Walter Prinz
Präsident des Cajetan-Felder-Instituts

Eintritt frei!

in Kooperation mit



CFI

Cajetan-Felder-Institut

Verein zur Förderung liberaler Kommunalpolitik

Aus Verantwortung
für Österreich

Mehr denn je



Norbert Hofer



entgeltliche Einschaltung



Politische Bildung aktuell

Partei Parlament Publikationen Schulungen Veranstaltungen

„Politik hautnah“ – Auftakt der Medien-Akademie

Klubdirektor Norbert Nemeth eröffnet
neuen Lehrgang des FBI



Die Medien-Akademie, eine neue Ausbildungsschiene des Freiheitlichen Bildungsinstituts (FBI), die eine fundierte Ausbildung für Medienverantwortliche in der Politik anbietet, ist gestartet. Unter dem Motto „Politik hautnah“ trafen sich die Teilnehmer, die aus allen Bundesländern angereist waren, zum Auftakt des Lehrgangs im Parlament in Wien, wo sie von Klubdirektor Norbert Nemeth und FBI-Chef Klaus Nittmann begrüßt wurden.

Es standen weiters der Besuch einer Plenarsitzung des Nationalrates und ein Gespräch mit der Dritten Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller auf dem Programm, bevor es in die Seminarräumlichkeiten ging.

Die Medien-Akademie wird vom FBI erstmals für in diesem Bereich tätige Interessierte angeboten und findet in fünf Modulen berufsbegleitend in Wien statt. Vermittelt werden Kompetenzen in den Bereichen politische Öffentlichkeitsarbeit, professionelle Pressearbeit, digitale Kommunikation, Krisen-PR und Medienrecht.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit